

REGIERUNGSFEINDLICHES AUFTRETEN DER OPPOSITIONSKRÄFTE DES KOMITATES HEVES NACH DEM AUSGLEICH VOM JAHRE 1867

von

SÁNDOR SEBESTÉNY

Nachdem die grossen Hoffnungen vom Jahre 1866 des in der Emigration lebenden Kossuths zunichte wurden, forschte er nach jenen Schichten, auf die er sich in seinem Kampfe für ein unabhängiges Ungarn stützen könnte. Er sah ein, dass sich die Westmächte von einer Ausweitung der für das Selbstbestimmungsrecht Ungarns kämpfenden Bewegungen zurückhalten. Durch die Tatsache des Ausgleichs aber wurde es völlig offensichtlich, dass er sich auf die Mehrheit des mittelbegüterten Adels nicht stützen kann, Darum ist das Auftreten der ausgleichsfeindlichen Kräfte der Opposition des Komitates Heves von so grosser Bedeutung, weil es die Aufmerksamkeit auf die Forderung einer Lösung der strittigen Fragen vom nationalen Gesichtspunkt aus, auf eine von der bürgerlichen Staatseinrichtung erforderte Richtungsnahme lenkte.

In der Vollversammlung der Komitate Heves und Külső-Szolnok vom 26. Juni 1867 unterbreitete das Kommissionsmitglied Albert Németh¹ einen Resolutionsantrag, in dem er vorschlug: „Vom Standpunkt der öffentlich-rechtlichen und staatlichen Zukunft des Landes und einer Wahrung der Komitatsautonomie... gebe das Komitat in bezug auf die Beschlüsse des Landtags seiner Besorgnis Ausdruck, und erkläre, dass es die Komitatsautonomie in ihrer vollen Unversehrtheit erhalten und diese unter allen Umständen wahren werde. Den in dieser Sache zu fassenden Beschluss aber möge es zwecks Befürwortung den Munizipien zusenden.“² Den zur Abstimmung gebrachten Antrag nahm der Komitatsausschuss im Verhältnis 84:32 an.

In seinem Beschluss stellte das Komitat fest, dass es die Tatsache des Ausgleichs „einfach zur Kenntnis genommen habe,“ es sei jedoch nicht seine Absicht „sich dessen Richtung und Grundsätzen anzuschliessen. Ihrer Auffassung gemäss „ist die Verfassung bis zum heutigen Tage nicht wiederhergestellt und der Landtag nicht ergänzt worden.“ Die Krönung sei putschartig „mit überraschender Schnelligkeit durchgeführt worden,“ wurde sie doch ansonsten 30 Tage vorher verkündet, diesmal hingegen hat man den Zeitpunkt nur telegraphisch bekanntgegeben. Die Erfordernisse der aufgrund des G.A. XII vom Jahre 1867 zustande gekommenen „Realunion“ erachten sie für nachteilig; sie beriefen sich auf die erste

Adresse des Landtags vom Jahre 1861, in der erklärt wurde: „das Recht der Steuer- und Rekrutenbewilligung des Landtags... lassen sie sich nicht nehmen... dieses mit jedweder Körperschaft zu teilen“ sei Gesetzwidrigkeit. Eine der Hauptgarantien des verfassungsmässigen Lebens und der staatlichen Unabhängigkeit suchen sie „innerhalb der Schranken eines autonomen Komitatslebens.“ Sie erklärten deshalb: „...den ortsbehördlichen Rechtsstand der Komitate sind wir bereit gegenüber jedem möglichen Angriff, auch dem Ministerium gegenüber, ja wenn nötig auch gegen dieses zu erhalten und zu verteidigen, und rechnen in dieser Sache mit einer pflichtgemässmoralischen Unterstützung der Geschwisterkomitate... unsere Beamten werden wir in allen Massnahmen, die unter die Befugnisse des Komitats fallen ausschliesslich mit Komitatsbeschlüssen versehen, sie werden daher auch höheren Verordnungen lediglich unter Beischiessung eines Komitatsbeschlusses beziehungsweise einer Komitatsausfertigung Folge leisten, so wie dies der G.A. XVI vom Jahre 1848³ ausdrücklich befiehlt.“ Der Komitatsausschuss erklärt: „... wir werden die Verordnungen – der Regierung –, die gegen die Gesetze des Lande, besonders aber gegen den Gesetzartikel vom Jahre 1848 eventuell verstossen, beiseite legen.“

Graf Gyula Szapáry teilte den Inhalt des Beschlusses als Obergepansresident⁴ sofort dem Ministerium mit das den Bericht in der Sitzung des Ministerrates vom 1. Juli besprach.⁵ Die Regierung richtete sodann aufgrund der Stellungnahme der Minister eine Anordnung an das Komitat, und verfügte in dieser: „Nachdem der Ausschuss des Komitates Heves im Beschluss über seine rechtmässige Befugnis hinausgehend gegen die Gesetzgebungsgewalt und die bereits sanktionierten Gesetze in aufwieglerischer Weise loszieht, und anhand seiner Auffassung über die autonome Rechtspraxis des Komitats die Möglichkeit der Regierung zu vereiteln trachtet, beschliesst der Ministerrat im Bewusstsein seiner Verantwortung diesen Beschluss des Ausschusses zu annullieren, und dessen beabsichtigte Zirkulierung – als dem Gesetz widersprechend – zu verbieten.“ Der Ministerrat beschloss, das falls das Komitat zögern würde den beanstandeten Beschluss zu annullieren, sie den Grafen Gyula Szapáry in seiner Eigenschaft als königlicher Kommissar anweisen würde dies zu vollziehen.⁶

Der Komitatsausschuss trat am 6. Juli zwecks Erörterung der Regierungsanordnung zusammen.⁷ Über die Sitzung sandte Szapáry einen ausführlichen Bericht an Innenminister Wenckheim.⁸ In seinem Bericht trug er vor, dass nach Verlesung der ministeriellen Anordnung Albert Németh – der den bestrittenen Antrag eingereicht hatte – vorschlug, das Komitat möge an seiner ursprünglichen Beschliessung festhalten, und den Minister in einer Adresse ersuchen „von der Annullierung Abstand zu nehmen.“ Seitens der Regierungspartei aber wünschte László Kovách der Anweisung des Ministers stattzugeben, und beantragte mit Rücksicht auf die Gründung der Deák-Partei des Komitats und „einer Kräftigung der Zukunft“ die Annullierung des Beschlusses. Szapáry bemerkte in seinem Bericht, dass das Ergebnis zweifelhaft war, da auch der Oberfiskal Ferenc

Berecz sich jenen anschloss, die den Antrag Némeths unterstützten. Bei der den beiden Anträgen folgenden Abstimmung erhielt schliesslich der Antrag Kovács 161, der Vorschlag Némeths nur 124 Stimmen, somit setzte die Regierungspartei mit einer Stimmenmehrheit von 37 Stimmen die Annullierung des Komitatsbeschlusses durch. Szapáry bemerkt eigens, dass von den Beamten 32 für eine Annullierung, 26 hingegen gegen eine solche stimmten. Doch anerkennt er im Zusammenhang damit, dass „hierzu das Interesse der Beamten in vielem beitrug, weil sie fürchteten ihre Stelle zu verlieren.“ Kritisch legte er aber seine Ansicht über die allgemeine politische Lage dar: „... wenn es jetzt gelang, dass die Partei der Extremen in der Minderheit blieb, will ich nicht behaupten, dass die Partei der Regierung im Komitat fest untermauert ist... doch die Bildung der derzeitigen Majorität zeitigt das Ergebnis, dass sich auch in Übergehung einzelner Komitatsautoritäten (hier verweist er vor allem auf den ersten Vizegespan Miklós Puky und den Komitatsobersyndikus Ferenc Berecz – S.S.) eine ansehnliche Partei bilden konnte, welche die Interessen der Regierung verteidigen wird, deren Kräftigung mein Hauptbestreben ist.“ Am 17. Juli, also am Tage nach der Abstimmung, trat der Komitatsausschuss um 9 Uhr früh zwecks Beglaubigung des Protokolls zusammen. Auf Antrag des Abgeordneten József Sezalai stützte es das Lager der Regierungspartei auch diesmal durch, dass „die protokollarische Erwähnung des Adressantrags durch Abstimmungs verworfen wurde,“ Sándor Csiky setzte sich gemeinsam mit Miklós Puky und Ferenc Berecz vergeblich so energisch dagegen ein.⁹ Das Komitat teilte hierauf dem Innenminister mit, dass es seinen Beschluss annulliert habe, hingegen bemerkte es auch jetzt: „An einer Aufrechterhaltung der Komitatsautonomie hält es auch fernerhin fest.“¹⁰ Sehr bald entstand zwischen der örtlichen Opposition und den die Regierung unterstützenden Kräften ein neuer Konflikt.

* * *

Lajos Kossuth wurde nach dem Ausgleich in mehreren vakant gewordenen Wahlkreisen zum Landtagsabgeordneten gewählt. In seinen Briefen, mit denen er den Auftrag zurückwies, lehnte er die ihn ehrende Kandidierung in jedem Fall mit einer Wiederholung seiner Kritik über den Ausgleich ab. In seinem an die Wähler von Vác gerichteten Brief vom 20. August er bemerkte mit besonderem Nachdruck: „... die Herrschaft des Hauses Österreichs halte ich mit der Unabhängigkeit und Selbständigkeit meines Vaterlandes für inkompatibel.“¹¹ Um eine Veröffentlichung dieses Briefes zu verhindern liess die Regierung die Nummer vom 28. August des Blattes Magyar Ujság, das die „aufrührerische“ Erklärung Kossuths enthielt, konfiszieren, und strengte wegen der Veröffentlichung gegen den Redakteur – und zugleich Landtagsabgeordneten – László Böszörményi einen Pressprozess an. Dem Ministerrat gemäss „enthält – der Brief Kossuths – eine förmliche Aufwiegelung,“ ein Eingreifen sei daher unerlässlich.¹² Neben dem allen mahnte die Regierung durch ein Rundschreiben des Innenminister die Obergespanne der einzelnen Komitate, dass sie

„gelegentlich der Besetzung der vakant gewordenen Abgeordnetenmandate... mit allen gesetzlichen Mitteln dahin zu wirken haben, dass die Wahlen zugunsten der Regierungspartei ausfallen.“¹³

In dieser überhitzten politischen Lage trat am 8. September 1867 in Eger die Gemeindevertretung der Stadt Eger zusammen. Die aus 102 Mitgliedern bestehende Körperschaft, von der sich bloss zehn Mitglieder Anhänger der Regierungspartei bekannten, erbrachte auf Antrag des Rechtsanwalts Ferenc Derszib den Beschluss: die Stadt Eger richtete ein Vertrauensvotum an Lajos Kossuth.¹⁴ In der Erklärung drückte die Gemeindevertretung ihre Bedauern darüber aus, dass Kossuth „unter den derzeitigen Verhältnissen nicht in unser Vaterland zurückkehren werde.“ Sie hoben die Bedeutung der Gesetze vom Jahre 1848 hervor, „in denen die Grösse und die Zukunft unseres Vaterlandes niedergelegt sind,“ und gaben ihrer Hoffnung Ausdruck, dass „bald die Zeit kommen wird, wo wir Sie persönlich in unserer Mitte begrüßen können.“

Der Ministerrat erörterte in seiner Sitzung vom 13–14. September die Erklärung von Eger und von Abony, die er als „rechtswidrige Agitation“ qualifizierte. Er wies den Innenminister an, das die Aufsicht über den beiden Marktgemeinden ausübende Komitat aufzufordern, den Beschluss sofort zu annullieren.¹⁵ Innenminister Béla Wenckheim forderte den Ausschuss der Komitate Heves und Külső-Szolnok in seinem Schreiben vom 17. September auf, das „unüberlegte“ Vertrauensvotum von Eger zu annullieren. Die Anweisung des Innenministers begründet diesen Schritt damit, dass „Lajos Kossuth... in seiner an die Wähler von Vác gerichteten Erklärung das Bestehen des Herrscherhauses mit der Unabhängigkeit des Landes für unvereinbar hielt und damit eines der wichtigsten Grundgesetze der Nation, die Pragmatische Sanktion verletzt hat. ... Eger hat damit, dass es das Gebiet der politischen Auseinandersetzungen betrat, die Schranken seines gesetzmässigen Wirkungskreises überschritten... und seinen (Kossuths – S.S) politischen Grundsatz und seine Richtung mit zustimmenden Demonstration empfangen.“¹⁶

Das Komitat antwortete dem Innenminister am 1. Oktober in Form einer Adresse. In dieser verneinte es die Durchführung der Anordnung. Es berief sich auf den G.A. XXIV vom Jahre 1848, der „den mit erstgerichtlicher Obrigkeit geordneten Gemeinden bis zur weiteren Verfügung des Gesetzes in seinem bisherigen Zustand nur ihre verwaltungsmässige Stellung belies, im übrigen aber der über die königlichen Städte verfügende G.A. XXIII auch auf jene ausgedehnt wurde,“ sowie auf den G.A. LVI vom Jahre 1871, der eine gerichtliche Urteilsfällung im Verwaltungswege, mit Umgehung des Gerichtes nicht ermöglicht. Der Komitatsausschuss war der Ansicht, dass die Erklärung Egers „jeder Agitation ferne steht“ und deren einzige politisches Ziel „die Wiedererlangung der Personalunion ist... woran mit allen verfassungsmässigen und gesetzlichen Mittel zu arbeiten, es das Publikum des Komitats für seine Pflicht hält.“¹⁷

Über das Zustandekommen der Adresse vom 1. Oktober machte der Obergespannsresident Szapáry dem Innenminister in einem besonderen Bericht Mitteilung. Als er gesehen hat – schrieb er –, dass die Mehr-

heit für die Vorlage ist, liess er die Frage nicht einer Abstimmung unterziehen, damit das zahlenmässige Verhältnis des gegnerischen Lagers nicht auffalle. Er fügte hinzu: „in Kenntnis der Stimmung des Komitats war ich immer davon überzeugt, dass es schwierig sein wird einen solchen Beschluss durchzuführen, dass das Komitat bei der Annullierung des von der Stadt Eger erbrachten Beschlusses behilflich sei, indem wegen der Stimmung des Komitats auch das genügend Kampf kostet, dass das Komitat selbst nicht einen derartigen Beschluss fasse.“ Er gab zu, dass es in der Vollversammlung zu scharfen Ausbrüchen gegen die Regierung kam, aber „der Name Kossuths übt auf die Gemüter unleugbar eine Wirkung aus, der man in unserem Komitat noch kein Gegengewicht halten kann“ — schloss er seinen Bericht.¹⁸

Der Ministerrat behandelte die ablehnende Adresse des Komitats am 9. Oktober unter dem Vorsitz des Ministerpräsidenten Graf Gyula Andrassy. Laut seiner Feststellung hat das Komitat „die Verfügung anhand solcher Gründe verweigert, die weder in den Gesetzen wurzeln, noch mit dem Prinzip der Regierungsverantwortung vereinbart werden können,“ daher beschloss die Regierung, dass sie ihrer Anordnung durch Ernennung eines neueren königlichen Kommissars Geltung verschaffen wolle.¹⁹ Der hierzu ausersehene Obergespan des Komitats Bars, Pál Rajner, wurde telegraphisch angewiesen sich sofort im Ministerium zu melden. Für den Fall seiner Verhinderung wurde Béla Liphay, Obergespan des Komitats Baranya nominiert.

In der Sitzung des Ministerrates war auch Graf Gyula Szapáry, Obergespansresident des Komitats Heves zugegen, der angewiesen wurde für den 14. Oktober eine ausserordentliche Vollversammlung einzuberufen. Das Programm der Leitung der Vollversammlung wurde ihm genauest vorgeschrieben. Es wurde auch mit der Möglichkeit gerechnet, dass „falls der Komitatsausschuss ohne weitere Erklärung einfach die Annullierung des erbrachten Beschlusses anordnen würde,“ er dies vor dem Erscheinen des königlichen Kommissars tun könne, Rajner möge daher erst hernach im Sitzungssaal erscheinen.

Nachdem das Komitat die Wiederrufung des Beschlusses verweigert hatte, wurde die Anordnung der Regierung in der ausserordentlichen Sitzung der Komitate Heves und Külső-Szolnok vom 14. Oktober verlesen. Die Ministerialanordnung erklärt den Komitatsbeschluss für eine „Verdrehung“ und besagt „der Ausschuss der Komitate Heves und Külső-szolnok lege den G.A. XXIV vom Jahre 1848 in dem Sinne aus, als ob dieses Gesetz das den königlichen Städten zustehende politische Recht auch auf die Gemeinden mit geordnetem Magistrat ausgedehnt hätte.“ Sie wies auch jenen Teil der Adresse des Komitats zurück, wonach die Regierung „gegenüber der Stadt Eger mit Umgehung des Gerichts auf dem Verwaltungswege ein Urteil fällen wolle.“²⁰ Die Regierung gab den Mitgliedern des Komitatsausschusses bekannt, dass sie „mit unerbittlicher Strenge des Gesetzes“ vorgehen wolle, daher aufgrund einer Ermächtigung des Königs die Sitzungen des Komitatsausschusses auf unbestimmte Zeit suspendiere, die Beamten, die den „unbedingten Gehorsam“ ver-

weigern, ihres Amtes enthebe, und erklärt „jeden Widerstand mit ganzer Strenge des Gesetzes“ zu vergelten.

Nach Verlesung des königlichen Erlasses richtete Albert Németh an den – inzwischen eingetroffenen – königlichen Kommissar Pál Rajner die Frage, ob seine Beauftragung im Namen und in Person des Königs erfolgt ist, oder ober als Beauftragter des Ministeriums erschienen sei. Auf die Interpellation antwortete Kommissar Rajner kurz und eisig: „Es war meine Absicht einige Äusserungen anzuhören, da es meine Pflicht ist, über die im Komitat herrschende Stimmung gewisse Kenntnis zu verschaffen, Zweck meiner Mission ist jedoch nicht jedwede Interpellation beantworten, daher bin ich gezwungen dies auch bei dieser Gelegenheit einfach zu verweigern.“ Hierauf nahm er seinen Hut und beschloss die Sitzung mit der Erklärung „ich übernehme die Verwaltung der Komitate.“²¹

Der königliche Kommissar Rajner liess am 14. Oktober den beanstandeten Beschluss Egers durch den Oberstuhlrichter annullieren. Diesen indirekten Weg wählte er, damit „es den Anschein habe, dass die Annullierung mit freiwilliger Zustimmung der Stadt erfolgt ist.“²² Rajner berichtete ausserdem wiederholt der Regierung über die politische Lage im Komitat und in Eger. Am 24. Oktober meldete er, dass die Suspendierung der Ausschusssitzungen „eine allgemeine Gleichgültigkeit“ ausgelöst haben und er dies für ein negatives Anzeichen betrachte, denn „so sind freiwillige Anträge in bezug auf eine Wiederherstellung des Komitats kaum zu erwarten.“ Er sandte auch über die Chancen einer eventuellen Organisation der Regierungspartei einen Bericht ab, war jedoch gezwungen festzustellen: „Die im Komitat eingenommene Parteistellung des Grossteils der Beamtenschaft ist für die Regierung unleugbar nicht günstig, und in einem Fall würde ich nicht bitten radikale Massnahmen zu beantragen, und zwar wenn ich in diesem Komitat die Elemente einer leicht organisierbaren Deák-Partei auffinden könnte, aus denen ich – bei Anbietung der Dienste der Hervorragenderen – einen prächtigen Beamtenkörper zusammenstellen könnte, bedauerlicherweise muss ich jedoch bemerken, dass hierzu bisher nicht die entfernteste Aussicht besteht, und dass ohne eine Regelung des Komitats, oder zumindest eine Neuwahl der Funktionäre und Parlamentsneuwahlen für die Organisation einer Deák-Partei kaum eine Möglichkeit geboten ist.“²³

Kommissar Rajner ersuchte in seinem Bericht vom 1. November die Regierung, die Autonomie des Komitats wiederherzustellen. Gleichzeitig berichtete er ausführlich über die Ergebnisse seiner Untersuchungen. Er gab bekannt, dass der Gemeinderat von Eger „bestrebt ist vom Komitatsmunicipium zu befreien, und sich, wohl nicht gesetzlich, doch praktisch in eine Lage versetzt hat, in der das Komitat, zwecks Wahrung des Prestiges seiner in vielen Beziehungen nur noch nominellen Obrigkeit, jeder Reiberei, aus dem Wege zu gehen trachtet.“ Er erachtete es für unerlässlich, dass der Stand der Komitate und Gemeinden seitens der Gesetzgebung neuerlich eingehend geregelt werde, da er in der derzeitigen Lage keine Gewähr dafür erblickt, dass sich ähnliche Fälle nicht wiederholen wer-

den. Er erklärt offen: „Ich wage so lange keine Garantie dafür zu übernehmen, dass der in seine Selbstverwaltungsrechte zurückversetzte Komitatsausschuss, einerseits wegen der Nachgiebigkeit der Stadt Eger, anderseits infolge einer der verantwortlichen Regierung gegenüber unhaltbaren, auf den Zuständen vor 1848 beruhenden Auslegung des Selbstverwaltungsrechtes den Erfordernissen der neueren Zeit entsprechen wird...“, bis eine Regelung dieser Frage seitens der Gesetzgebung nicht erfolgt.²⁴

Lajos Kossuth folgte im fernen Turin den Vorgängen im Komitat Heves mit ständiger Aufmerksamkeit. Als von der Ernennung des königlichen Kommissars erfuhr, richtete er am 24. Oktober ein Schreiben an den Bürgermeister von Eger, Antal Tavasy.²⁵ Er sah es klar, dass die Angelegenheit von Eger über den lokalen Bereich hinausging, zu einem Ereignis wurde, das auf das ganze Land auswirkt, die Stellungnahme wird zweifellos die allgemeine Meinung des Landes beeinflussen. In seinem Brief gibt er seiner aufrichtigen Besorgnis wegen des Vorgehens „der Macht“ Ausdruck, indem er die Entscheidung der Regierung für gesetzwidrig erklärt. „Ich kenne – schreibt Kossuth – am wenigsten ein Gesetz, welches das Ministerium berechtigen würde eine freie Stadt aufzuwühlen, die Verwaltung und den Vollzug der Gesetze den Händen jenes Komitates zu entziehen das das Recht in Ehren zu halten beschliesst, und damit über ein Bollwerk der Verfassung sozusagen den Belagerungszustand zu verhängen.“ Im Vorgehen der Regierung erblickte er einen Angriff gegen das Komitatssystem, in der Wahrung des politischen Gewichts der Komitate hingegen ein wirksames Gegenmittel im Kampfe gegen die Regierung, deshalb setzte er sich für deren Schutz ein. In seiner Argumentation berief er sich darauf, dass sie im Jahre 1848 nicht zuletzt darum bestrebt waren „an Stelle der einer Verantwortung aus dem Wege gehenden Collegialregierung eine die persönliche Verantwortung tragende Ministerialregierung zu setzen, um die Munizipaleinrichtungen, diese wertvollsten Hüter und Mittel der ungarischen verfassungsmässigen Freiheit, gegen die Übergriffe der Macht zu verteidigen.“²⁶ In seinem Brief spielt er auch darauf an, dass die Abgeordneten die Frage auch in den Parlaments-sitzungen aufwerfen werden, und durch eine offene Stellungnahme die Regierung in eine peinliche Lage versetzen könnten, „Ich möchte hoffen, dass die Unantastbarkeit der Munizipalinstitutionen in den Vertretern der Nation auf tatkräftige Verteidiger finden wird“ – schrieb er in seinem Brief. Kossuths Stellungnahme ermutigte naturgemäss den äusseren linken Flügel des Parlaments. Die heftige Parlamentsdebatte wurde mit der Interpellation des Abgeordneten Lászkó Kovách eröffnet, der den Innenminister befragte, wie lange er den Ausnahmezustand im Komitat Heves aufrechterhalten wolle?²⁷ Sándor Almásy's Interpellation ging darüber hinaus, indem er die Regierung aufforderte ihr Vorgehen zu „rechtfertigen.“ Innenminister Béla Wenckheim beantwortete die Interpellationen am 30. Oktober.²⁸ Im wesentlichen wiederholte er die Argumente der Anordnung des Ministeriums an das Komitat Heves, die offensichtlich Widersprüche enthielt, indem er erklärte: „das im Briefe Kossuths er-

örterte Prinzip widerspricht diametral einem der wichtigsten Grundsetze der Nation, der Pragmatischen Sanktion, es widerspricht auch dem Geiste der Gesetze vom Jahre 1848, die in bezug auf die in der Gemeinschaft des Herrscherhauses bestehenden Reichsbeziehungen Schutz- und Vergeltungsmassnahmen festgesetzt haben.“²⁹ Jenen Schritt der Regierung, dass die Annullierung des Vertrauensvotums nicht unmittelbar durch das Ministerium durchgeführt wurde, sondern sie dies durch den Komitatsausschuss bewerkstelligen wollte, legte er so aus, dass Durchführung der Regierungsverordnung niemanden sonst übertragen werden konnte, „weil das Aufsichtsrecht über den Markflecken und Gemeinden im Sinne des G.A. XXIV vom Jahre 1848 dem betreffenden Komitat zusteht...“ Es war selbstverständlich, dass die Mitglieder der Parlamentsopposition (so auch die Mitglieder der linken Mitte und der äusseren Linken) das Vorgehen der Regierung angesichts einer derart labilen Argumentation verurteilten.

Das Auftreten der Abgeordneten war durch den G.S.A. XXIV vom Jahre 1848 auch rechtlich begründet, in dem festgelegt ist, dass „der G.A. XXIII, der über die königlichen Freistädte provisorisch verfügt, sofern es sich um Wahlen, Wähler und Abgeordnete handelt... auch auf jene Gemeinden ausgedehnt wird, die über einen mit erstgerichtlicher Instanz ausge statteten geordneten Magistrat verfügen.“³⁰ Der G.A. XXIII aber stattete die Städte „als selbständige gemeinrechtliche Behörden“ mit der unabhängigen Verwaltung ihrer „Gemeinangelegenheiten“ aus.

Während aber Lajos Csernátorny seitens der Partei der Linken Mitte den Schritt der Regierung im Laufe der Parlamentsdebatte bloss als „übereilt“ bezeichnete,³¹ dessen Rechtmässigkeit jedoch nicht bezweifelt hat, entschloss sich die von József Madarász geführte Gruppe der äusseren Linken zu einer radikalen Aktion. Am 31. Oktober brachten zehn Abgeordnete der äusseren Linken – und zwar Sándor Almásy, Pál Pap, József Madarász, Imre László, László Böszörményi, János Vályi, Károly Bobory, Lajos Deáky, István Patay und Sándor Csiky – einen Antrag auf „Versetzung der Regierung in den Anklagezustand“ ein.³² Doch neben der Regierungspartei wandte sich auch die linke Mitte gegen diesen Antrag, Kálmán Tisza bestritt in seiner Rede die Rechtmässigkeit des Vorgehens der Regierung ebenfalls nicht mit der Art und Weise des Vorgehens war er jedoch auch selbst nicht einverstanden, indem er erklärte: „... laut meiner Meinung erfordert es der Grundsatz der Verfassungsmässigkeit selbst, dass über den Beklagten einzig und allein der gesetzliche Richter das Urteil fälle, und jenes Vorgehen, wo einer – ohne dies abzuwarten – aus dem Verwaltungswege zum „Schuldigen“ erklärt wird, ist ein Vorgehen ... für das ein Beispiel im Bereich der absoluten Regierungen zu suchen ist.“³³

Hierauf kam die Reihe auf die – seiner Interpellation vom 30. Oktober folgende – neuere Rede des Parlamentsabgeordneten von Eger Sándor Csiky.³⁴

Der Abgeordnete, der auf eine lange Parlamentserfahrung zurückblicken konnte, schaltete sich noch zur Zeit der Kämpfe des Reformzeitalters in das politische Leben ein, war seit 1836 „Fiskalanwalt“ von Eger

und Leiter der Urbarial- und Befreiungsprozesse der Stadt. Auch in diesem Amt hat er sich als Vorkämpfer der bürgerlichen Umgestaltung und als konsequenter Vertreter der Idee der nationalen Selbstbestimmung das Vertrauen der Oppositionskräfte erworben. Zur Zeit der Revolution und des Freiheitskampfes der Jahre 1848/49 war er Parlamentsabgeordneter seiner Geburtsstadt. Er kämpfte nicht allein im Parlament — wo er vom Vertreter des liberalen Adels zum Mitglied der Radikalen wurde —, sondern betätigte sich auch als Regierungskommissar mit einer Entschlossenheit, wie es die revolutionäre Lage erfordert hat. Auch nach einer in Kufstein verbüssten Kerkerstrafe verleugnete er seine politischen Grundsätze nicht, die stets aus der klaren Quelle der achtundvierziger Grundlage schöpften; wenn er in einzelnen Fragen auch darüber hinwegkam, kehrte er immer wieder zurück um neue Kraft zu schöpfen. 1861 brachte er als Mitglied der Beschlusspartei einen bemerkenswerten Abänderungsantrag zum zweiten Adressantrag von Ferenc Deák ein.^{34/a} Als einer der Begründer der äussersten Linken beziehungsweise der Achtundvierziger-Partei betonte er häufig: „Wir haben weder eine Selbständigkeit noch eine Unabhängigkeit, und sind daher mit Recht unzufrieden,“³⁵ er war ein unerbittlicher Gegner des Ausgleichs, und dies bestimmte seinen ganzen Lebenswandel.

Sándor Csiky verwies in seiner Parlamentsrede am 4. November anhand historischer Beispiele auf die eigenartige Lage und Rechtsstellung von Eger, war doch die Stadt vor 1848 eine privilegierte Bischofsstadt: „Die Stadt Eger stand unter Komitatsgewalt... auch vor den Gesetzen von 1848 ausschliesslich hinsichtlich der Verwaltung, das heisst, was die Steuerbemessung und die militärische Stellungspflicht betrifft;“³⁶ In seiner Rede erwähnte er den Besuch Kossuths in Eger „als der Reichsverweser ihm folgendes sagte:.

„... anlässlich seiner Rundreise wurde er zwar überall im Lande herzlich und mit Anhänglichkeit empfangen, aber eine so auffallende Zuneigung, wie sie ihm das Volk von Eger beiderlei Geschlechts erwiesen hat, fand er nirgends. Die Regierung begeht also einen grossen Fehler... wenn sie das Vertrauensvotum von Eger... zu einer Demonstration abstempeln will, denn es ist der Ausdruck eines im Herzen des Volkes tief verborgenen... Dankgefühls... Auch die derzeitige Regierung hätte sich bei dem Volke Egers und des ganzen Landes dankbare Anerkennung und Vertrauen verschaffen können, hätte sie die wirkliche Verfassungsmässigkeit und somit das Gesetz vom Jahre 1848 tatsächlich wiederhergestellt, nicht aber den die nationale Selbständigkeit und Unabhängigkeit begrabenden Pfad betreten, ohne dies jedoch niemals“³⁷ — schloss er seine Rede.

Inmitten der sich entfaltenden Parlamentsdebatte erhob sich am 6. November Ferenc Deák zu Wort. In seiner Rede bezeichnete er die Komitatsregelung als die einer dringendsten Lösung harrende Frage des politischen Lebens, bemerkte jedoch, dass der Fall von Eger vor der Neuregelung im Sinne der derzeitigen Gesetze zu beurteilen ist. Er will die Komitate nicht „zu blossen Verwaltungskörperschaften devalvieren,“ waren doch „die Komitate nicht allein Stützen, sondern auch politische

Schulen des Staatslebens,“ es würde nur dazu Möglichkeit bieten, gegen etwaige bestrittene Verordnungen der Regierung eine Adresse abzufassen, „Nur möge sich die Ausübung dieses Rechtes nicht in die Unendlichkeit hinausziehen und die Verwaltung unmöglich machen.“ Er berief sich auch auf historische Beispiele; Der G.A. V vom Jahre 1805 ordnet in ausserordentlichen Angelegenheiten die Entsendung eines königlichen Kommissars an, nun „der Heveser Fall ist eben ein ausserordentlicher“ – erklärte er. Die moderne Staatsverwaltung erfordert eine genaue Durchführung der Anweisungen der Regierung; wenn die Regierung an ihrer Verordnung auch nach einer eventuellen Adresse festhält, so haben die örtlichen Munizipien kein Recht dazu diese „einfach beiseite zu legen,“ sie sind verpflichtet diese durchzuführen. „Das Komitat Heves – das sich geweigert hat die aufwieglische Erklärung Egers widerrufen zu lassen – erforderte sich ein Recht, ... das die Komitate weder nach dem Gesetz, noch nach der gesetzlichen Praxis jemals zukam.“ „Solche Aufwiegelungen – legte er in seiner Rede aus –, deren Verbreitung und schädliche Folgen mit allen gesetzlichen Mitteln zu verhindern, ist heilige Pflicht der Regierung.“ Deák billigte also das gewaltsame Auftreten des Ministeriums, und dies bekräftigte die Parlamentsabstimmung, wobei die Mehrheit des Abgeordnetenhauses mit 195 gegenüber 79 Stimmen der Regierung das Vertrauen aussprach.³⁸

* * *

Zwei Tage später, am 8. November wurde der Ausnahmezustand im Komitat Heves aufgehoben und der königliche Kommissar Rajner aus Eger zurückberufen.³⁹

Als Kossuth bestrebt war die Oppositionskräfte zusammenzuschliessen, erkannte er die Rolle der Bauernschaft, die sich immer entschiedener gegen das Ausgleichssystem gewandt hat. Auch die Regierung nahm die Enttäuschung der Bauerenschaft wahr, deshalb unternahm sie den Versuch unbedeutende Steuerleichterungen zu gewähren. Ministerpräsident Andrassy beantragte in der Sitzung des Ministerrates vom 30. September 1867, dass „es zweckmässig wäre – um den in der Provinz vorkommenden politischen Aufwiegelungen das Gleichgewicht zu halten – im Interesse der steuerzahlenden Landbauern für irgendeine Begünstigung, namentlich für eine Herabsetzung des Salzpreises zu sorgen.“⁴⁰

Vorher, noch am 25. Februar, wurde die Steuereintreibung mit Inanspruchnahme des Militärs bis auf weiteres eingestellt. Am 9. Juli wurde hingegen in den Komitaten Pest und Borsod die militärische Exekution angeordnet, weil „die Verordnungen des Finanzministers nicht befolgt, besonders die Steuereintreibung nicht durchgeführt wird.“⁴¹

Die äussere Linke sah auf Anraten Kossuths ein, dass die Partei bestrebt sein muss, im Interesse eines wirksamen politischen Auftretens ihren derzeitigen Organisationsrahmen auszuweiten. Im Herbst 1867 erliess sie darum einen Landesaufzuruf zur Gründung demokratischer Zirkel. Am 18. November 1867 kam bereits die Zentrale, der Pester Demokra-

tenkreis zustande.⁴² Die Zielsetzungen des zentralen Kreises waren bei seiner Gründung noch derart unklar, dass die konstituierende Versammlung als rein formell betrachtet werden kann. Die etwa sechshundert Teilnehmer der Sitzung arbeiteten kein Programm aus. Es wurden unklare Vorstellungen laut, Arisztid Máttyus beantragte beispielsweise, dass die Demokratenkreise von der äusseren Linken getrennt werden; sie sollen jene Schichten vereinigen, die mit der Politik der Deák-Partei, mit der gegebenen Form des Ausgleichs irgendwie unzufrieden sind, ihre Forderungen sollen jedoch nicht parteipolitischen Zielsetzungen untergeordnet werden.⁴³ Máttyus wollte also die Demokratenkreise zu Organisationen des Kleinbürgertums ausbauen, mit ihrer Hilfe wollte er ihre politische und wirtschaftliche Position ausweiten, natürlich auf dem Boden des Ausgleichssystems.

Die äussere Linke erkannte die Gefahr und veröffentlichte darum am 3. Januar 1868 im Blatte Magyar Ujság das Organisationsstatut der Kreise, dessen Einleitung zugleich auch die Programmklärung enthielt. Als Ziel der Bewegung bezeichnete sie die Durchsetzung der Parolen der bürgerlichen Revolution: Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit, und betonte, dass für deren Verwirklichung nur „durch eine Zurückgewinnung der vollen Verfassung vom Jahre 1848, durch deren Anwendung im praktischen Leben und die Weiterentwicklung von deren Grundsätzen ...“ eine Hoffnung bestehe.⁴⁴

Im Pester Zentralen Demokratenkreis und in der Mehrzahl der Provinzorganisationen spielten die Mittelschichten eine entscheidende Rolle, in den Marktgemeinden der Tiefebene hingegen waren die plebejische Intelligenz und die Bestrebungen der Massen der armen Bauerschaft für die Bewegung richtungsweisend. Die Regierung wurde bald auf ihre Tätigkeit aufmerksam und richtete deshalb am 30. Dezember eine Zirkularverordnung an die lokalen Munizipien.⁴⁵ In dieser lenkte sie ihre Aufmerksamkeit darauf, dass „einzelne Mitglieder des Abgeordnetenhauses die zeitweiligen Parlamentsferien dazu verwenden wollen, um in der Provinz Volksversammlungen abzuhalten und in diesen auf die gemeinsamen Angelegenheiten bezüglich Massnahmen des Parlaments vor dem Volk in ein falsches Licht zu stellen“, sie wies sie darum zu gesteigerter Wachsamkeit und Kontrolle an.

In Eger bildete sich der Honved-Unterstützungsverein des Komitates Heves am 4. August 1867 zu einem Honved-Verein um,⁴⁶ während der Demokratenkreis von Eger am 16. Februar 1868, unter der Leitung von Sándor Csiky zustande kam. Der Kreis von Eger wurde – ähnlich wie die von Kolozsvár und Miskolc – mit der Absicht gegründet, zu einem Zentrum zu werden, es wurde daher im Komitat mit der Organisation und Lenkung von Provinzzirkeln begonnen.⁴⁷

Die Regierung war nach dem Pressevergehen László Böszörményis über die Kühnheit des Schriftleiters des Blattes Ungvári Közlöny ausserordentlich verärgert, der unter dem Titel „Herbe Früchte von 67“ eine Artikelserie veröffentlicht hat.⁴⁸ In der Ministerratssitzung vom 23.

Februar 1868 wurden deshalb die Pressevergehen und der Entwurf, der zwecks Bestimmung der Art und Weise des Regierungsvorgehens gegenüber den Demokratenkreisen ausgearbeitet wurde, gemeinsam auf die Tagesordnung gesetzt.⁴⁹ Hinsichtlich des Vorgehens gegenüber den Demokratenkreisen stellte die Regierung grundsätzlich fest, dass die Vereinigungen – so lange ihre Statuten behördlich nicht genehmigt sind – ihre Tätigkeit nicht beginnen dürfen. „Wenn hingegen aus den Statuten hervorgeht, dass deren Zweck neben einer Ignorierung der bestehenden Gesetze gegen die bestehende Verfassung auf gesellschaftlichem Wege aufzureizen ist“ – besagt die Erklärung – dann muss die Genehmigung der Statuten verweigert werden. Die Behörden mussten die Versammlungen durch offizielle Beauftragte kontrollieren lassen, und wenn die Regierung „durch diese Beauftragte Kenntnis davon erlangen wird, dass aufreizende Reden gehalten wurden, werden die Betreffenden aufgrund eines Notae-Prozesses vor die königliche Tafel geladen werden“ – verfügte der Ministerrat.

Die Regierung beschloss Anfang März 1868 die Demokratenkreise zu verbieten, „als die Aufwiegelungen der äusseren Linken schon die Heiligkeit des Eigentums zu bezweifeln begannen“, ⁵⁰ schreibt in seinen Memoiren István Toldy. Den das Verbot aussprechenden Beschluss des Ministerrats legte Innenminister Wenckheim auch dem „Apellatorium forum“ der Regierung, Ferenc Deák vor. Anfangs missbilligte Deák diesen wegen juridischer Bedenken. Zu den Ministern Wenckheim und Horvát sagte er: „Woher habt ihr nur das Gesetz genommen, das euch zum Verbot der Demokratenkreise berechtigt?“ ⁵¹ Damit wies er darauf, dass es bei Begründung des Beschlusses unmöglich sei sich auf einen konkreten Gesetzesartikel zu berufen. Später eilte er dennoch der Regierung zu Hilfe und verfasste einen Grossteil der das Verbot aussprechenden Verordnung selbst. Hierbei betonte er vom Boden des Ausgleichs aus, dass kein unversöhnlicher Gegensatz zwischen den Gesetzen von 1867, den Rechtsnormen des Jahres 1848 sowie den Grundsätzen der Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit besteht. Zur Weiterentwicklung dieser Grundsätze seien auf der „bestehenden verfassungsmässigen Grundlage“ Mittel und Wege geboten. ⁵² Deák wollte demnach die kräftige Bewegung durch den Nachweis einer Verfassungsmässigkeit der Gesetze des Jahres 1867, einer Gesinnungsverwandtschaft zwischen 1848 und 1867 auflösen; damit wollte er der Verordnung einen bürgerlich-liberalen Anschein verleihen. ⁵³ Am 27. April wurde der Pester Demokratenkreis mit bewaffneter Brachialgewalt aufgelöst, und da Deák auch die Provinzkreise der „zu revolutionsartigen Ausschreitungen führenden Aufwiegelungen“ beschuldigte, wurden sehr bald auch diese verboten. Im Abgeordnetenhaus richtete am 27. April Sándor Csiky eine Interpellation im Zusammenhang mit dem Verbot der Demokratenkreise an die Regierung, ⁵⁴ die der Innenminister am 4. Mai beantwortete. Bei Begründung des Vorgehens der Regierung berief sich Innenminister Wenckheim „in Ermangelung eines geschriebenen positiven Gesetzes“ auf irgendeine „Gepflogenheit mit Gesetzeskraft“. ⁵⁵

Die mittlere Linke war der Regierung einigermassen behilflich, da sie die äussere Linke dauernd angriff, namentlich wegen ihrer zur Bauern-

schaft ausgestalteten Beziehungen, und wies z. B. zornernregt auf die Gefahren der Bewegung des János Asztalos hin.

* * *

Die durch den Ausgleich zur Macht gelangte Regierung unternahm alles im Interesse dessen, dass in den Komitaten die regierungstreuen Kräfte den Kampf gegen die Linke organisiert aufnehmen. In Heves, in diesem „berüchtigt rebellischen Komitat des Landes, begannen die Versuche der Kräfte der Regierungspartei schon zur Zeit des königlichen Kommissars Pál Rajner. Die Deák-Partei des Komitates Heves wurde schliesslich am 28. April 1868 gegründet, ihr Vorsitzender wurde József Szalay, Rechtsanwalt in Eger.⁵⁶ Die Regierungspartei des Komitats konnte nur wenige Mitglieder zählen, sie verfügte weder in der Vertretungskörperschaft von Eger, noch im Komitatsausschuss über nennenswerte Kräfte. Die Linke des Komitats organisierte sich dem folgend, am 16. Mai.⁵⁷ Der Vorsitzende der Achtundvierziger-Partei des Komitats (eine Gruppierung der linken Mitte kam nicht zustande) wurde Miklós Puky. Das veröffentlichte Parteiprogramm entsprach der am 11. April 1868 im Blatte *Nép Zászlója* erschienenen Landes-Parteierklärung.⁵⁸ Sie setzte sich die Wiederherstellung der Gesetze vom Jahre 1848, die Zurückgewinnung der nationalen Unabhängigkeit und Selbständigkeit „mit verfassungsmässigen Mitteln, auf dem Wege der Gesetzgebung“ zum Ziel. Dessen Hindernisse — heisst es — „sind die durch die Gesetze des Jahres 1867 zustande gebrachten gemeinsamen Angelegenheiten, die Delegation und die gemeinsamen Ministerien“. Sie forderte die „Schaffung einer selbständigen Nationalarmee, die selbständige und unabhängige Wahrnehmung der Finanz-, Handels- und auswärtigen Angelegenheiten“. Ferner betonte die Erklärung: „Wir meinen unsere Ziele nur dann erreichen zu können, wenn die Linke die Majorität erlangt“. Ein Zeichen der zweifellos bestehenden Schwäche des Programms war, dass es nicht den Wunsch einer Weiterentwicklung der Gesetze vom Jahre 1848 enthielt, obwohl die Landes-Parteierklärung über die öffentlich-rechtlichen Forderungen hinausgehend auch die Verwirklichung der gesellschaftlichen Ziele, das heisst der „Volks- (demokratischen) Grundsätze“ betonte.⁵⁹

Nach der Annahme des Programms der Achtundvierziger-Partei des Komitats Heves kündigte Sándor Csiky, als Vorsitzender des aus 700 Mitgliedern bestehenden Demokratenkreises von Eger den Beitritt der Mitglieder des Kreises zur Oppositionspartei an, und betonte die Gesinnungsgleichheit des Kreises und der neugegründeten Partei.⁶⁰ Nach Csiky schlossen sich auch der aus 500 Mitgliedern bestehende Leseverein von Mezótúr und 40 Mitglieder der Gemeinde Csány sofort an. Um wenig später traf auch aus Törökszentmiklós eine Beitrittserklärung mit 40 Unterschriften ein.⁶¹

Der Ausschuss der Komitate Heves und Külső-Szolnok behandelte in seiner Vollversammlung vom 14–15. Dezember 1868 den Bericht der aus dem Parlament heimgekehrten Abgeordneten. In der Sitzung stellte

Albert Németh einen Antrag, der erklärte: „Der abgehaltene Landtag entsprach den Erwartungen der Nation nicht, da durch die Verabschiedung der vom Landtag geschaffenen Gesetze und Steuern sich Ungarn im gemeinsamen Reich absorbiert hat.“⁶² Er beantragte den linksgerichteten Abgeordneten des Komitats Heves, als Gutheissung ihrer Tätigkeit im Landtag, das Vertrauen auszusprechen. Der Antrag wurde vom Komitatsausschuss — trotz der Widersetzung des Obergespansresidenten Graf Gyula Szapáry und der Anhänger der Deák-Partei — mit einigen Änderungen, aber mit grosser Stimmenmehrheit angenommen, ja auf Antrag Endre Rádys beschloss er auch den Beschluss sämtlichen ungarischen Munizipien zugehen zu lassen.⁶³

Den Beschluss liess der Vizesekretär des Komitats Nándor Szederkényi (Strompf) mit seiner eigenen Unterschrift drucken und begann diesen zu verbreiten. Der so gedruckte endgültige Text besagte dann: „Grundbedingung und höchste Gewähr unserer nationalen Selbständigkeit und Unabhängigkeit sind im Gesetzbuch des Jahres 1848 enthalten, ein unerlässliches Korollarium dessen aber ist die Verfügung über die Kriegs-, Finanz- und auswärtigen Angelegenheiten des Landes. Durch die nun geschaffenen Gesetze der gemeinsamen Angelegenheiten aber wurde die ungarische Armee zum ergänzenden Teil der österreichischen Reichsarmee dekretiert, und nicht allein deren Organisation und Leitung, sondern selbst deren Einsatz wurde der Verantwortung des ungarischen Ministeriums entzogen und der Verfügung der dem ungarischen Landtag nicht verantwortlichen Reichsregierung unterstellt ... die von der absoluten Regierung eingeführten indirekten Steuern wurden legalisiert. ...“ Der Beschluss betonte schliesslich, man wolle die Bestrebungen nicht auf revolutionärem Weg, sondern „mit verfassungsgemässen Mitteln“ erreichen.⁶⁴

Über den Beschluss des Komitats erstattete der Obergespansresident Szapáry der Regierung sofort Meldung. Der Ministerrat vom 19. Dezember befasste sich eingehend mit dieser Angelegenheit.⁶⁵ Ministerpräsident Gyula Andrássy drängte auf tunlichst rasche energische Massnahmen, da „zu befürchten ist, dass der Beschluss von Heves auch in anderen Gegenden des Landes den Gegenstand von Aufreizungen und Aufwiegungen bilden wird“. Der Vizegespan des Komitats wurde sofort telegraphisch angewiesen „unter Androhung der persönlichen Verantwortung“ die Bekanntgabe des Beschlusses an die übrigen Munizipien zu verbieten. Der an der Ministerratssitzung anwesende Obergespansresident wurde beauftragt eine neuere ausserordentliche Vollversammlung einzuberufen, in der die annullierende Anordnung der Regierung bekanntgegeben werden muss. Die Regierung beschloss, für den Fall, dass das Komitat seinen Beschluss nicht freiwillig widerruft, den Grafen Gyula Szapáry mit der Betrauung als königlichen Kommissar auszustatten.

Die ausserordentliche Vollversammlung des Komitats wurde für den 11. Januar 1869 einberufen. Zuerst wurde die Verordnung des Innenministers bekanntgegeben, die Verfügungen in bezug auf die bevorstehenden Parlamentswahlen enthielt, erst hernach wurde die annullierende Anord-

nung der Regierung verlesen. Diese Reihenfolge wurde aufgrund der Entscheidung des Ministerrats so beschlossen, um zu vermeiden, dass nach dem Auftreten des königlichen Kommissars, infolge der Auflösung des Komitatsausschusses, die Wahl des zentralen Wahlausschusses nicht erfolgen könne. „Dies würde zweifellos gleich zu Beginn des Landtags Anlass zu Debatten und Interpellationen bieten“ — begründete Ministerpräsident Andrassy die Entscheidung. Die seitens der Regierung zugesandte annullierende Anordnung enthielt die in der Einbringung des Ministerrats enthaltene, folgende Feststellung nicht mehr: „Die Gesetze des 1848 haben den Einfluss der Komitate auf die Gesetzgebung abgeschafft, an Stelle der Stände- und Komitatsvertretung wurde die allgemeine Volksvertretung gesetzt“.⁶⁶ Sie machte jedoch das Komitat darauf aufmerksam, dass „es in jedem Fall verpflichtet ist, der Regeierung bei Durchführung der Gesetze getreuliche und verlässliche Hilfe zu leisten, und mit allen Kräften die Staatsordnung zu wahren“.⁶⁷

Das Komitat verweigerte in Form einer Antwortadresse die Widerufung des Beschlusses. Die Antwort wurde unter dem Vorsitz von Miklós Puky von Albert Németh, Obernotär József Erdélyi und Oberfiskal Ferenc Berecz abgefasst.⁶⁸ Miklós Puky, über den der königliche Kommissar Rajner am 27. Oktober 1867 berichtet hat, dass „er infolge seiner geringen Selbständigkeit häufig von der Strömung mitgerissen wird, ihn aber seine persönlichen Neigungen zu keinen Übertreibungen verleiten“,⁶⁹ stellte sich nun an die Spitze des Kampfes des Komitats. Die am 12. Januar unter seiner Führung angenommene Antwortadresse erklärte: „... der G. A. XVI vom Jahre 1848 beliest die Komitate, als Bollwerke der Nation, provisorisch in ihrem früheren Wirkungskreis, die Vermutung ist unmöglich, dass die Munizipien nicht berechtigt wären ihre Meinung über die erbrachten Gesetze zu ässern“.⁷⁰ — Nach Annahme der Adresse des Komitats erhob sich allsogleich Graf Gyula Szapáry, und suspendierte in seiner Eigenschaft als königlicher Kommissar sofort den Ausschuss der Komitate Heves und Külső-Szolnok, und strich den beanstandeten Beschluss des Komitats vom 14. Dezember 1868 aus dem Protokoll.⁷¹

Die Regierung erörterte in der am 21. Januar 1869, unter dem Vorsitz des Ministerpräsidenten Gyula Andrassy zusammengetretenen Kabinettsitzung die Entwicklung der Lage.⁷² Pál Rajner, der nach seinem entschlossenen Auftreten im Komitat Heves Innenminister wurde, bat in zwei Sachen um Entscheidung. Einerseits die Bestimmung der Tätigkeitsfrist des königlichen Kommissars, anderseits die Art und Weise des Verfahrens gegenüber jenen Personen, die im Zustandebringen des Beschlusses mitgewirkt haben. Der Ministerrat machte die Tätigkeitsfrist des königlichen Kommissars von der politischen Stimmung im Komitat abhängig: „Den gemässigt gesinnten Individuen wird Zeit geboten, um sich gegen die übertriebenen Parteigänger (Achtundvierziger-Partei — S. S.) zu vereinigen“ — erklärte er. Gegen die Antragsteller des „gesetzwidrigen Beschlusses“ und gegen jene, die an der Fassung dessen teilgenommen haben, wurde eine „Strafuntersuchung“ angeordnet. Aufgrund der Stellungnahme des Ministerrats begann der kgl. Tafelrichter Bertalan Rozgo-

nyi in Eger mit dem Verhör der Beamten, die am Zustandekommen des Beschlusses mitgewirkt haben. Der Untersuchungsrichter legte das Ergebnis, das belsatende Material der zwischen dem 7. Februar und 21. März durchgeführten Untersuchung dem Justizminister vor. So wurden der Vizenotär Nándor Szederkényi, ferner Albert Németh, Endre Rády und János Hegedüs ihres Amtes enthoben. Auch gegen das Ausschussmitglied Pál Pap — 48-er Landtagsabgeordneter des Bezirkes Kápolna — wurde ein Prozess anhängig gemacht.⁷³

Gleichzeitig mit dem allen kam es zur Verhandlung der Angelegenheit dessich im Kerker befindlich László Böszörményi. Justizminister Boldizsár Horvát beantragte in der Ministerratssitzung vom 7. März eine bedingte Aussetzung der Kerkerstrafe des Schriftleiters, teils aus politischen Rücksichten, teils weil „Böszörményi laut Ansicht der Ärzte schwer leidend ist und wahrscheinlich während der Verbüßung seiner Kerkerstrafe sterben wird ...“ Doch mehrere Mitglieder der Regierung nahmen einen unbeugsamen Standpunkt ein und teilten die Meinung Horváts nicht, „da kein Zweifel darüber besteht, dass Böszörményi nach seiner Haftentlassung von der Partei der äusseren Linken sofort zum Abgeordneten gewählt würde“. Das waren sie jedoch gezwungen anzuerkennen, dass „wenn Böszörményi im Gefängnis sterben würde, sein Begräbnis Anlass zu politischen Demonstrationen geben könnte, die nach Möglichkeit zu mässigen sind.“⁷⁴ Die Regierung erklärte sich schliesslich damit einverstanden, dass der kranke Abgeordnete in ein Krankenhaus gebracht werde.

Inmitten dieser politischen Atmosphäre kam es am 14. März 1869 in Eger zu den Parlamentswahlen. Von den 2015 Stimmberechtigten gaben 1936 ihre Stimme ab; von diesen erhielt 1025 Stimmen Sándor Csiky, und 911 Stimmen der Vorsitzende der Deák-Partei, József Szalay.⁷⁵ Die Achtundvierziger Partei behielt also ihr Egerer Mandat, und auch von den übrigen neun Mandaten des Komitats konnte sich die Deák-Partei nur zwei sichern. Diese Wahl bewies der Regierungspartei, dass selbst die Unterdrückung der politischen Bestrebungen der entrechteten Massen und das eingeeengte Wahlrecht nicht imstande sind das dualistische System vor Erschütterungen restlos zu schützen. Die Deák-Partei, die in über 60 Wahlkreisen unterlegen war und mehr als die Hälfte ihrer Majorität im Abgeordnetenhaus eingebüsst hatte, wies immer mehr die Anzeichen einer Krise auf. Die Achtundvierziger-Partei erwarb 40 Mandate und auch die linke Mitte kräftigte sich.⁷⁶

Nur allzubald kam es zu einem neueren Konflikt, der es wiederum unterstrich, dass sich die Opposition von Heves nicht allein auf der Ebene der öffentlich-rechtlichen Forderungen bewegt, sondern auch in einigen Belangen der bürgerlichen Staatseinrichtung einen konsequenter bürgerlichen Weg einschlug und weiterging, als dies die Regierung tat.

József Eötvös, der Minister für Kultus und Unterricht der Regierung Andrassy hielt für eine seiner Hauptaufgaben die im Jahre 1848

begonnene Umgestaltung des ungarischen öffentlichen Unterrichts. Im wesentlichen wollte er seine früheren kulturpolitischen Ansichten verwirklichen, als es sich jedoch um die Annahme seiner Reformbestrebungen handelte, stiess er auf einen organisierten Widerstand. Eötvös gelang es nur mit grossen Schwierigkeiten seinen Volksschul-Gesetzantrag verabschieden zu lassen, obgleich der so geschaffene G. A. XXXVIII vom Jahre 1868 – selbst ungeachtet seiner wesentlichen Mängel – den Erfordernissen der bürgerlichen Umgestaltung entsprechend, als Grundlage zur Versorgung der breiten Volksschichten mit Grundkenntnissen diente. Gegenüber der Reformvorlage des Jahres 1848 war sein wesentlichster Nachteil, dass er die bereits bestehenden Konfessionsschulen, und nicht die Gemeinschaftsschulen als Grundlage betrachtete. Die Gemeinden waren nur in dem Fall verpflichtet eine Schule zu errichten, wenn keine konfessionelle Schule mit entsprechendem Fassungsvermögen zur Verfügung stand.

Massgebende kirchliche Kreise wandten sich kritisch gegen die Funktion der Gemeinschaftsschulen. Das Blatt Egri Egyházmegyei Közlöny (das Amtsblatt der Diözese Eger) griff in seiner Nummer vom 15. Februar 1869 noch immer des verabschiedete Volksschulgesetz an: „Der darauf abzielende Geist der in Angelegenheit des Volksschulunterrichts erbrachten Gesetze ist unverkennbar, dass die Erhaltung der öffentlichen Konfessionsschulen erschwert werde, dass diese Schulen eingestellt oder abgeschafft, hingegen Gemeindeschulen, das heisst staatliche Gemeinschaftsschulen in tunlichst grosser Zahl errichtet werden“⁷⁷ – argumentiert der Verfasser des Artikels. Es steht ausser allem Zweifel, dass die radikal, überwiegend oppositionell engestellte Vertretungskörperschaft von Eger – gestützt auf die aufrichtige Mithilfe der Bevölkerung – für die Errichtung von Gemeinschaftsschulen war, und die Alleinherrschaft der konfessionellen Schulen zu brechen trachtete. Auch dies ist ein Beweis dessen, dass sie nicht um jeden Preis bestrebt war eine wirksame Tätigkeit der Regierung, beziehungsweise der Parlamentsmajorität zu vereiteln. Am Abend des 15. August 1869 hielt der städtische Generalstab, der aus Mitgliedern der Achtundvierziger-Partei bestand, im Gasthaus Krone eine Besprechung in der Schulfrage, und wie Sándor Csiky in seinem Tagebuch schreibt: „beschlossen wir in unserer Stadt eine Gemeinschaftsschule zu errichten, und dass zwecks Abhaltung einer Beratung der Linksparteien ich die Vorsitzenden Puky und Lipsey auffordern soll“⁷⁸. Der in engem Rahmen abgehaltenen Besprechung folgte ein entschiedenes Handeln: am 22. August 1869 „beschloss eine gut besuchte Sitzung der Stadtverordneten ... mit 46 gegenüber 21 Stimmen die Errichtung einer Gemeinschaftsschule ...“⁷⁹. Als Begründung wurde angegeben, dass eine staatliche Unterstützung zur Ergänzung der jährlichen Kosten von 4168 Gulden nur in dem Fall beansprucht werden könne, wenn „die Volksschulen von Eger mit dem Charakter von Gemeindeschulen ausgestattet werden“. Es wurde der aus 21 Mitgliedern bestehende Gemeindeschulstuhl gewählt, dem auch die beiden radikalsten Gemeindevertreter Sándor Csiky und Nándor Szederkényi

angehörten. In der Gemeinderatssitzung vom 29. August sollten die Mitglieder des gewählten Schulstuhls vereidigt werden. Der Klerus erklärte jedoch den Beschluss der Stadt im Namen der katholischen Konfession für gesetzwidrig und störte durch seine Parteigänger die Sitzung: „unter Anführung der Priester Tárkányi und Lajkó ... murrten und lärmten etwa dreissig schreiende und mit Branntwein betrunkene Menschen gegen die Sache der Gemeinschaftsschulen, verhinderten so die Vereidigung der Mitglieder des Schulstuhls und die Verlesung eines Briefes des Erzbischofs ...“⁸⁰ Sándor Csiky versuchte in einer „sehr verständlichen Rede“ die vorgebrachten Gegenargumente zu widerlegen, wonach „diese Angelegenheit nicht das Vermögen und die öffentliche Wirtschaft der Stadt, sondern die religiösen Gefühle und Interessen des katholischen Volkes betrifft: daher ist die städtische Vertretungskörperschaft ohne Anhören des katholischen Publikums – namentlich in Schulfragen – nicht befugt einen Beschluss zu fassen“,⁸¹ seine Rede wurde aber von dem lärmenden Gegenlager unterdrückt. Der Klerus beeilte sich seine rechtlichen Argumente auch in einem Flugblatt zu popularisieren. Im Motto seiner Streitschrift *Die katholischen Volksschulen von Eger* erklärte er selbstsicher: „Wir sprechen offen, und tuen nichts im Verborgenen“. Auch das Lager der Linken zögerte nicht mit seiner Antwort. Unter Anleitung des Abgeordneten Csiky verfasste Nándor Szederkényi die als Antwort gedachte Schrift „Offenes Wort“, und diese wurde am 7. September in der Wohnung des Abgeordneten Fekete angenommen.

Der katholische Schulstuhl wies die Lehrer der Konfessionsschulen an, die Schulräume gelegentlich für die Einschreibungen im September den Vertretern der Stadt nicht zur Verfügung zu stellen, ja am 14. September beschlagnahmten die konfessionellen Beauftragten sogar die Schulräume. Auf diesen empörenden Schritt versammelte sich noch am Nachmittag des gleichen Tages der städtische Schulstuhl, und beauftragte Sándor Csiky, János Einsenmann und den zum Kurator ernannten Magistratsrat Károly Wolf „die Schulen für die Stadt zu übernehmen“. Tags darauf begann die Kommission schon um 9 Uhr früh das Inventar des Lyzeums und das Mobiliar von vier Vorstadtschulen aufzunehmen, und übergaben diese der Verwaltung des Kurators. Die Leitung der katholischen Kirchengemeinde legte gegen die Inventur natürlich sofort Protest ein. Der königliche Kommissar Szapáry verfügte hierauf in dem Sinn, dass – damit sich der Schulbeginn wegen der Streitereien nicht verzögere – „in den Schulen der Hóstya der Unterricht am Montag beginnen soll, während den Zwecken der Hauptvolksschule vorübergehend – bis sich die Frage der Hauptvolksschule des Lyzeums nicht entscheidet – das Gebäude des Kindergartens diene“.⁸²

Am 22. September ernannte der städtische Schulstuhl bereits die Lehrer der Gemeinschaftsschulen. Die Anmeldung der Lehrer Derzsib, Zsiga und Seffer wurde angenommen, lediglich die Angelegenheit des Lehrers Seres blieb in Schweben, da „er Bedingungen stellte“. Das Jahresgehalt der Lehrer der Hauptvolksschule wurde auf 550 Gulden erhöht, wozu noch 15 Gulden Wohnungsgeld und 12 Kübel Weizen hinzukamen.

Das Gehalt der Lehrer der Vorstadtschule wurde mit 350 Gulden, Wohnungsgeld und 6 Kübel Weizen bestimmt.⁸³

Am 28. September wollten Sándor Csiky und zwei seiner Mitarbeiter die Inventaraufnahme in der Hauptvolksschule des Lyzeums fortsetzen, doch da die Vertreter des katholischen Schulstuhls, Károly Rózsa, Mihály Lojko und János Tarnay die Übergabe der Schlüssel verweigerten, erstatteten sie dem Gemeinderat sofort Meldung von dem Widerstand. Hierauf – wie dies Abgeordneter Csiky in seinem Tagebuch erwähnt – „teilte uns der Hauptmann sechs Heiducken, einen Schlosser und Kósa (Stadtrat György Kósa – S. S.) zu, mit denen wir zum Lyzeum gingen und die Türen aller vier Schulen öffneten ...“⁸⁴ Sie schlugen die Schlösser der Hauptvolksschule herunter, die von Domherrn Béla Tárkányi geführte Abordnung des Schulstuhls aber wurde aus der Schule „mit Gewalt ausgewiesen“.

Der Erzbischof von Eger, Albert Bartakovics, wandte sich hierauf an Minister József Eötvös.⁸⁵ Die Antwort des Ministers traf vom 11. Oktober datiert, in Form einer Verordnung beim königlichen Kommissar Graf Gyula Szapáry in Eger ein.⁸⁶ Unter Berufung auf das Volksschulgesetz erklärte er, „zur Änderung der konfessionellen Eigenschaft von Volksschulen sind ausschliesslich die betreffenden Kirchengemeinden berechtigt“. Er anerkannte hingegen das Recht der Stadt, den Konfessionsschulen jede materielle Unterstützung zu entziehen. Er verfügte ferner, dass, da „die Gebäude der Vorstadt-Volksschulen in Hatvan, Ujváros, Mária utca und Maklár – gemäss des vorgelegten authentischen Beweises des Grundbuchsprotokolls unter dem Titel Schule als Eigentum der Stadt Eger eingetragen sind, diese Gebäude die Stadt als Schulen benützen kann ...“ Hinsichtlich des in Besitz der Kirche befindlichen Lyzeums und der im „Kloster der Englischen Fräulein“ untergebrachten Schulen entschied er, dass über diese auch weiterhin „die katholische Konfession von Eger“ verfügt.⁸⁷ Unter Berufung auf die Anordnung des Ministers kündigte der Klerus am 18. Oktober sämtlichen Volksschullehrern, und ernannte aus der Reihe seiner Parteianhänger neue Lehrkräfte. Auf diesen rechtswidrigen Schritt brachte Sándor Csiky am 25. Oktober seine Interpellation in der Schulangelegenheit von Eger im Abgeordnetenhaus ein.⁸⁸ Minister Eötvös antwortete dem Abgeordneten am 28. Oktober. In seiner Rede befasste er sich eingehend mit der Daseinsberechtigung der Gemeindeschulen: „In Ungarn bestanden – sagte er – vor dem über die Volkserziehung geschaffenen letzten Gesetz fast ausschliesslich nur Konfessionsschulen besonders in grösseren Gemeinden, zum Grossteil aus den Spenden der Gemeinden ... erhalten wurden, ist es sehr natürlich, dass der G. A. XXXVIII vom Jahre 1868 den Gemeinden das Recht zuerkannte, Gemeindeschulen zu errichten, somit sind die Gemeinden berechtigt die den konfessionellen Schulen gewährten Unterstützungen zu entziehen“. Im weiteren wiederholte er die Grundsätze seiner, an den Magistrat von Eger gesandten Anordnung und betonte, dass eine Änderung des Charakters der Konfessionsschulen durch dass Eigentumsrecht entschieden wird. Der Minister benützte die Öffent

lichkeit des Landtags zugleich dazu, dass er in Verteidigung des Volksschulgesetzes auch auf die Angriffe der Reaktion zurückschlage: „Es ist nicht weniger erstaunlich setzte er seine Argumentation fort —, das nachdem, dass der G. A. XXXVIII den Religionsunterricht unter den Lehrgegenständen an erster Stelle nennt, nachdem, dass er den Religionsunterricht geradewegs den einzelnen Konfessionen anvertraut, es solche gibt, die dieses Gesetz so hinstellen, dass es im Gegensatz zu den religiösen und konfessionellen Interessen steht ...“⁸⁹

Auch die Achtundvierziger-Partei war in der Beurteilung dieser Frage nicht einig. Dániel Irányi gab in seinem im Blatt Magyar Ujság erschienenen Artikel zur Frage der Gemeinschaftsschulen den Rat, „man müsse jeden Zwang vermeiden“. Dem Prinzip des „verfassungsmässigen Kampfes“ entsprechend empfahl er „mit der Förderung der Überzeugung wohl nicht aufzuhören, doch wo dies nicht zum Ziel führt, dort möge eher von der Zeit ein Erfolg erwartet werden“.⁹⁰

In Eger war weder die Vertretungskörperschaft der Stadt, noch die katholische Kirche mit dieser Kompromiss-Lösung zufrieden und brachten daher die Angelegenheit vor Gericht. Ausserdem schrieb der Klerus im Namen der katholischen Kirche einen Wettbewerb auf die Verfassung solcher Preisschriften aus, die mit ausreichenden Argumenten „die Nachteile der Gemeindeschule auf die christliche Kultur“ nachweisen.⁹¹ Hierauf forderte die Vertretungskörperschaft der Stadt die Bänke der im Gebäude des Lyzeums befindlichen Hauptvolksschule, mit der Begründung, dass diese die Stadt auf eigene Kosten anfertigen liess, Erzbischof Bartakovics verlangte demgegenüber die Einrichtungen der Vorstadtschulen.

Der Prozess zog sich sehr in die Länge, in erster Instanz wurde am 12. September 1870 das Urteil gefällt. Das Gericht verurteilte die klagende Stadt zur Bezahlung von 81 Gulden 26 Kreuzer, im Geiste der Anordnung Eötvös's vom 11. Oktober 1869 bestätigte es die Erklärung der Vorstadtschulen zu Gemeinschaftsschulen, die beiden konfessionellen Schulen in der Innenstadt belies es hingegen in Händen der katholischen Kirche.⁹²

Infolge Berufung schlug aber der Prozess weitere Wellen. Die Pester Kgl. Tafel entschied schon am 11. Juli 1871 in dem Sinne, dass „die am 11. Oktober 1869 unter Zahl 17 446 erlassene ... Verordnung des Ministers für Kultus und Unterricht ... geändert werden musste, und die Benützung der römisch katholischen Kirche zuerkannt werden muss, weil dies dem Willen der Stifter entspricht ...“⁹³

Das rechtskräftige endgültige Urteil wurde dann am 14. August 1871 gefällt.⁹⁴ Es setzte den Beschluss der Vertretungskörperschaft von Eger, der die Erklärung der Konfessionsschulen zu Gemeinschaftsschulen anordnete, ausser Kraft. Die Klage der Stadt wurde mit der Begründung abgewiesen, dass „sie sich auf summarischen Wege in den Besitz solcher Räumlichkeiten zurückversetzen lassen wünscht, welche Räumlichkeiten der Kläger laut eigenem Geständnis mit Brachialgewalt dem Beklagten entriss: diese Tatsache allein beraubt die Klage einer ihrer Hauptfor-

dernisse, indem sie es unmöglich macht, dass der Kläger seinerseits den friedlichen Besitz der fraglichen Räumlichkeiten beweise ...“

In Eger wurden also nicht allein die radikalen öffentlich-rechtlichen Beschlüsse annulliert, sondern auch die radikalen Schritte der lokalen Kräfte der Achtundvierziger-Partei zwecks Demokratisierung des Unterrichtswesens vereitelt.

* * *

Am 25. Oktober 1869, also am gleichen Tage, an dem Sándor Csiky seine Interpellation in der Schulangelegenheit von Eger eingebracht hat, erhielt der Abgeordnete Albert Németh die ministerielle Antwort auf seine in Angelegenheit des königlichen Kommissariats von Heves am 20. Mai eingereichte Interpellation.⁹⁵ Den Text der Antwort verfasste für Innenminister Wenckheim der Ministerialrat Vilmos Tóth (der spätere Innenminister), aufgrund der Stellungnahme des Ministerrates vom 20. Oktober.⁹⁶ Der Ministerialrat wurde angewiesen in seiner Rede auf die innerhalb kurzer Zeit zu erfolgende Auflösung des königlichen Kommissariats hinzuweisen, auf einzelne administrative Teilfragen hingegen nicht einzugehen.⁹⁷ Die Rede wurde im Abgeordnetenhaus schliesslich von Justizminister Boldizsár Horvát verlesen, da sich Béla Wenckheim krank gemeldet hatte (kurz darauf reichte er seine Demission als Innenminister ein). Die auf die Interpellation erteilte ministerielle Antwort enthielt somit allgemeine Argumente, zu einer eingehenden Erörterung der Rechtsstellung des Komitats, wie dies anhand der Tätigkeit des früheren königlichen Kommissars von Heves im Jahre 1867 der Fall war, kam es jetzt nicht.⁹⁸ „Vor 1848 verfügten die Komitate zweifellos über einen grösseren Wirkungskreis als jetzt, weil sie Teilhaber an der Gesetzgebung waren ... doch das kam in der Vergangenheit nicht vor, dass sie eine Rekrimation, eine Klage gegen die Gesetzgebung erhoben hätten“ – erklärte der Minister.⁹⁹

Die Deák-Partei wünschte durch eine Reorganisierung der Verwaltung und des Wahlrechtssystems auch auf ihr „Fiasko“ anlässlich der Wahlen vom Jahre 1869 eine Antwort zu geben. Zu gleicher Zeit erachtete es die Regierung für taktisch unerlässlich, die „ausserordentliche Rechtsstellung“ der Komitate Heves und Külső-Szolnok – schon zwecks Einstellung der ständigen Angriffe der Parlamentsopposition – bis auf weiteres aufzuheben. Sie sah es klar, dass die gegebene Lage, hinsichtlich des Parlamentskampfes zwecks Regelung der Organisation der Komitats- und Stadtmunizipien – für sie unvorteilhaft ist. Mit dem allen hing auch die Ernennung Pál Rajners zum Innenminister zusammen, war doch er es, der als königlicher Kommissar von Heves im Jahre 1867 ausreichende Erfahrungen sammelte und schon damals auf eine Neuregelung dieser Frage drängte. Rajners erste Handlung war, dass er den Grafen Gyula Szapáry am 1. Dezember 1869 nicht nur seines Amtes als königlicher Kommissar, sondern auch des als Obergespansresident enthob,¹⁰⁰ und die Autonomie der Komitate Heves und Külső-Szolnok wiederherstellte. An die Spitze des Doppelkomitates kam für kurze Zeit

als Erborggespan wieder der Erzbischof von Eger, Albert Bartakovics. Der Heveser Fall – der laut den Worten Kossuths – „ein förmlicher partieller Staatsstreich“ war,¹⁰¹ zeigt unzweifelhaft von einem tapferen Standhalten der Oppositionskräfte.

In der „Angelegenheit von Heves“ trafen die politischen Ansichten des linken Flügels der Achtundvierziger-Partei, der Madarász-Gruppe, unter unmittelbarer Führung des Parlamentsabgeordneten von Eger Sándor Csiky, auf eine praktische Befolgung.

Jener Rechtsunsicherheit aber, die in der Selbstverwaltung der Ortsbehörden auch in den Jahren nach dem Ausgleich bestanden hat, bereiteten in bezug auf die Gemeinmunizipien G. A. XLII vom Jahre 1870, in bezug des Status der Marktgemeinden hingegen der G. A. XVIII vom Jahre 1871 ein Ende.

Die neuen Gesetze entrissen den Händen der Opposition bedeutende politische Mittel, indem sie die zweifellos notwendige Reform der Selbstverwaltungskörperschaften in der Weise durchführten, dass sie das Übergewicht – nicht zuletzt durch das Virilistensystem – den antidemokratischen Kräften sicherten.

ANMERKUNGEN

¹ Albert Németh war in den Jahren 1848 und 1861 Parlamentsabgeordneter des Bezirkes Tiszanána im Komitat Heves. 1864 wurde er wegen Aufwiegelung gegen die Regierung zu einer Kerkerstrafe von 4 Monaten verurteilt. Seit 1873 Abgeordneter von Hódmezővásárhely mit dem Programm der Achtundvierziger Partei.

² Archiv des Komitats Heves, Eger (in weiteren: HL). Heves és Külső-Szolnok vármegye közgyűlési jegyzőkönyve 1867. S. 39–43.

³ Der G. A. XVI vom Jahre 1848 enthielt in bezug auf die Komitate provisorische Verfügungen, indem er festlegte: „Das Ministerium wird über die Regelung der Komitatsstruktur aufgrund einer Volksvertretung dem nächsten Landtag einen Antrag unterbreiten“. Das Stimmrecht in der Vollversammlung erkannte er allen jenen zu, die über ein solches auch bisher verfügt hatten, ausserdem auch jenen Gemeindevorstehern, „die die Einwohner des Komitats aus den einzelnen Gemeinden als Vertreter in diese Vollversammlungen entsenden werden“. Zwecks „erfolgreicher Durchführung“ der Gesetze schuf er unter dem Vorsitz des Obergespans einen ständigen Verwaltungsausschuss.

Der Ausschuss konnte „im Namen des Komitatspublikums“ mit den Ministerien einen unmittelbaren Kontakt aufnehmen, ihren Beamten erteilte er „als Entschliessung“ Anweisungen. S. Magyar Törvénytár, 1836–1868. évi törvények (Ungarische Gesetzssammlung, Gesetzartikel aus den Jahren 1836–1868). Bp. 1896. S. 237–238.

⁴ Nach dem Abschluss des Ausgleichs wünschte der Erbobergespan der Komitate Heves und Külső-Szolnok, Albert Bartakovics nicht weiter in seinem Amte zu verbleiben; die Regierung ernannte daher den Grafen Gyula Szapáry zum Obergespansresidenten, der in der Vollversammlung am 29. April 1867 in sein Amt eingeführt wurde. Der erste Vizegespan wurde Miklós Puky.

⁵ Staatsarchiv, Budapest (im weiteren: OL). Magyar Minisztertanácsi jegyzőkönyv (im weiteren: Min. jkv.) 1. Juli 1867.

⁶ A. a. O. 4. Juli.

⁷ Bibliothek der Erzdiözese Eger, Eger (im weiteren: EFK), Handschriftensammlung, Nr. 227. Csiky Sándor naplója.

⁸ OL. Belügyminisztérium ethnikai iratok (im weiteren: Büm. eln. ir.)

⁹ Csiky gen. Werk.

¹⁰ OL. Müm. eln. ir. K 148. 1867. Nr. 2673.

- ¹¹ Kossuth, Lajos: Iratai (Schriften). (Herausg. Ignác Helfy, Ferenc Kossuth) Bp. 1894 – 1904. VIII. S. 42.
- ¹² OL. Min. jkv. 26. Aug. 1867.
- ¹³ A.a.O.
- ¹⁴ Büm. eln. ir. K. 148. 1867. Nr. 4353; Csiky gen. Werk.
- ¹⁵ Min. jkv. 13 – 14. Sept. 1867.
- ¹⁶ Müm. eln. ir. K 148. 1867. Nr. 3911; Min. jkv. 13 – 14. Sept. 1867.
- ¹⁷ A.a.O. Vgl. Eger. 10. Okt. 1867.
- ¹⁸ Büm. eln. ir. K 148. 1867. Nr. 4353.
- ¹⁹ Min. jkv. 9. Oktober 1867; Eger, 17. Oktober 1867.
- ²⁰ Büm. eln. ir. K 148. 1867. Nr. 4353.
- ²¹ A.a.O. Nr. 4433.
- ²² A.a.O. Nr. 4353; vgl. Eger, 25. Okt. 1867.
- ²³ Büm. eln. ir. K 148. 1867. Nr. 4353.
- ²⁴ A.a.O.
- ²⁵ Kossuth, Lajos (Turin, 24. Okt. 1867) – an Antal Tavasy. Kossuth gen. Werk, VIII. S. 140 – 143; A Nép Zászlója, 22. Februar 1868.
- ²⁶ Kossuths Standpunkt über das Verhältnis der verantwortlichen Regierung zu den lokalen Selbstverwaltungsorganen ist in seinem Verfassungsentwurf vom Jahre 1851 (und in dessen späteren Varianten) dargelegt. S. Kossuth demokráciája (Die Demokratie Kossuths). Zusammengestellt von Ács, Tivadar. Bp. 1943. S. 51 – 74; vgl. Kossuth, gen. Werk, VIII. S. 283 – 294.
Kossuth wiederholte auch in seinem an Dániel Irányi gerichteten Brief vom 17. Februar 1870, dass er bezüglich der Regelung bei seinem ursprünglichen Entwurf bleibt. „darüber hinaus würde ich nicht gehen“ – schrieb er. S. Kossuth, gen. Werk, VIII. S. 250.
- ²⁷ Az 1865-dik évi december 10-re hirdetett országgyűlés képviselőházának naplója (Journal des Abgeordnetenhauses des für den 10. Dezember 1865 einberufenen Parlaments). Pest, 1866 – 1869. (Im weiteren: Ogy. kn. 1865). V. S. 35.
- ²⁸ A.a.O. S. 54.
- ²⁹ A.a.O. S. 55.
- ³⁰ Magyar Törvénytar (Ungarische Gesetzsammlung), gen. Werk, S. 249, 246.
- ³¹ A.a.O. S. 125.
- ³² A.a.O. S. 70.
- ³³ A.a.O. S. 71.
- ³⁴ S. Sebestény, Sándor: Csiky Sándor politikai pályafutása (1805 – 1892) (Sándor Csikys politische Laufbahn (1805 – 1892)). Philosophische Inaugurationsdissertation. Manuskript. ELTE Philosophische Fakultät, Geschichtliche Bibliothek.
- ^{34/a} Handschriftensammlung der Széchenyi-Nationalbibliothek, Fol. Hung. 1126. t. S. 162 – 164.
- ³⁵ Az 1869-dik évi április 20-dikára hirdetett országgyűlés képviselőházának naplója. (Journal des Abgeordnetenhauses des für den 20. April 1869 einberufenen Parlaments). Pest, 1869 – 1872. (Im weiteren: Ogy. kn. 1869) I. S. 318 – 319.
- ³⁶ Ogy. kn. 1865. V. S. 127.
- ³⁷ A.a.O. S. 129.
- ³⁸ A.a.O. S. 130.
- ³⁹ A.a.O. S. 159 – 165, 180.
- ⁴⁰ Min. jkv. 30. Sept. 1867.
- ⁴¹ A.a.O. 3. Juli.
- ⁴² Pölöskei, Ferenc: Az 1868-as alföldi parasztmozgalom (Die Bauernbewegung der Tiefebene vom Jahre 1868). Századok, 1956. S. 632.
- ⁴³ A.a.O. S. 633.
- ⁴⁴ Szabad, György: Az abszolutizmus kora Magyarországon, 1849 – 1867 = Magyarország története (Die Zeit des Absolutismus in Ungarn = Geschichte Ungarns). (Red.: Erik Molnár, Ervin Pamlényi, György Székely.) 3. Aufl. Bp. 1971. S. 79.
- ⁴⁵ Min. jkv. 30. Dez. 1867.
- ⁴⁶ Heves vármegye (Das Komitat Heves). (Red. Samu Borovszky). Bp. 1909. S. 625 – 626.
- ⁴⁷ Pölöskei: S. 640.
- ⁴⁸ Magyar Újság, 5. Juni 1867.

- ⁴⁹ Min. jkv. 23. Febr. 1868.
- ⁵⁰ (*Toldy, István*): Öt év története (Geschichte von fünf Jahren), 1867–1872. Pest, 1872. S. 12.
Der Autor spricht unter Hinweis auf Kálmán Tisza, doch gelten seine Feststellungen für beide Gruppierungen der Opposition.
- ⁵¹ *Kossuth*: gen. Werk, V. S. 349.
- ⁵² A.a.O. S. 351.
- ⁵³ *Pölskei*: S. 650.
- ⁵⁴ *Madarász, József*: Emlékirataim (Meine Memoiren), 1831–1881. Bp. 1883. S. 383; Ogy. kn. 1865. VII. S. 133; Toldy, gen. Werk, S. 81.
- ⁵⁵ Ogy. kn. 1865. VII. S. 153.
- ⁵⁶ *Borovszky*, gen. Werk, S. 635.
- ⁵⁷ Magyar Újság, 20. Mai 1868.
- ⁵⁸ A.a.O.; vgl. A Nép Zászlója, 11. April 1868.
- ⁵⁹ *Mérei, Gyula*: A magyar polgári pártok Programjai (Programme der ungarischen bürgerlichen Parteien) (1867–1918). Bp. 1971. S. 188.
- ⁶⁰ *Borovszky*, gen. Werk, S. 625–626.
- ⁶¹ Magyar Újság, 23. Mai 1868.
- ⁶² Büm. eln. ir. K 148. 1867. Nr. 4353; Vgl. Borovszky, gen. Werk, S. 626; Eger, 17. Dez. 1868; Toldy, gen. Werk, S. 1–42. „Das Komitat Heves ... beschuldigte den Landtag formell des Landesverrates.“
- ⁶³ A.a.O.
- ⁶⁴ Büm. eln. ir. K 148. 1869. Nr. 17.
- ⁶⁵ Min. jkv. 19. Dez. 1868.
- ⁶⁶ Dies wollten sie um so weniger absenden, da doch die Regierung Andrassy – in Gegensatz zu Kossuth, der die Komitatsvollversammlung schon im Jahre 1848 auf der Grundlage einer Volksvertretung aufbauen wollte – eine andere Richtung einschlug, jene Richtung der Virilisten-Regelung, die sich im G.A. XLII vom Jahre 1870 verkörpert hat. (*S. Farga, János*: A jobbágyfelszabadítás kivívása 1848-ban (Die Erkämpfung der Aufhebung der Leibeigenschaft im Jahre 1848). Bp. 1971. S. 337–338; vgl. Kossuth, gen. Werk, XI. S. 716–725.) Kossuth beharrte auch im Jahre 1870 auf seinem Acht- und vierziger-Standpunkt: „... die Komitate sind aufgrund der Volksvertretung zu konstituieren ... dadurch wird der Einklang mit der allgemeinen Freiheit hergestellt.“ S. Kossuth, gen. Werk, VIII. S. 250.
- ⁶⁷ Büm. eln. ir. K. 148. 1869. Nr. 17.
- ⁶⁸ A.a.O.
- ⁶⁹ Büm. eln. ir. K 148. 1867. Nr. 4353.
- ⁷⁰ A.a.O. 1869. Nr. 17.
- ⁷¹ A.a.O.; HL. Heves és Külső-Szolnok alispáni iratai, 1869. Nr. 291. Der Beschluss wurde unleserlich gemacht, im Protokoll ist er durchgestrichen.
- ⁷² Min. jkv. 21. Jan. 1869.
- ⁷³ Büm. eln. ir. K. 148. 1867. Nr. 4353.
- ⁷⁴ Min. jkv. 7. März 1869.
- ⁷⁵ HL. Eger város közgyűlési jegyzőkönyve (im weiteren: Ejkv.) 14. März 1869; vgl. Borovszky, gen. Werk, S. 626; Toldy, gen. Werk, S. 187.
- ⁷⁶ *Madarász, József*: Emlékirataim (Meine Memoiren), 1831–1881. Bp. 1883. S. 400.
- ⁷⁷ Egri Egri Egyházmegyei Közlöny, 15. Febr. 1869.
- ⁷⁸ Csiky, gen. Werk.
- ⁷⁹ A.a.O.; vgl. Ejkv. 22. Aug. 1869.
- ⁸⁰ Csiky, gen. Werk
- ⁸¹ A.a.O.
- ⁸² A.a.O.
- ⁸³ A.a.O.
- ⁸⁴ A.a.O.; vgl. Eger, 30. Sept. 1869; Magyar Újság, 2. Okt. 1869.
- ⁸⁵ Büm. eln. ir. K 148. 1870. Nr. 597.
- ⁸⁶ Eger, 21. Okt. 1869.
- ⁸⁷ A.a.O.
- ⁸⁸ Ogy. kn. 1869. III. S. 26–27.

- ⁸⁹ A. n. O. S. 103.
- ⁹⁰ Magyar Újság, 31. Okt. 1869.
- ⁹¹ *Novák, Lajos*: A községi iskola hátrányai az államra, társadalomra és keresztény művelődésre (Die Nachteile der Gemeindeschule für den Staat, die Gesellschaft und die christliche Kultur). Eger, 1871.
- ⁹² Eger, 15. Sept. 1870.
- ⁹³ Eger, 28. Sept. 1871. Beilage.
- ⁹⁴ A. n. O.
- ⁹⁵ Ogy. kn. 1869. I. S. 85–89.
- ⁹⁶ Min. jkv. 17. Okt. 1869.
- ⁹⁷ A. n. O.
- ⁹⁸ Ogy. kn. 1869. III. S. 31–35.
- ⁹⁹ Budapesti Közlöny, 26. Okt. 1869.
- ¹⁰⁰ Eger, 9. Dez. 1869; vgl. Magyar Újság, 3. Dez. 1869; Borovszky, S. 626.
- ¹⁰¹ Kossuth, gen. Werk. VIII. S. 251.